

Warum eskaliert Trump den Streit um Grönland? Dieses Mal wird Europa nicht einknicken

In den Hauptstädten der EU-Mitgliedsstaaten zerbrechen sich auch heute Abend viele Entscheidungsträger und Strategen ihre Köpfe über die Frage, was US-Präsident Donald Trump mit seiner Forderung, Grönland zu übernehmen, wirklich bezweckt.

Denn eins ist klar: Die Vereinigten Staaten von Amerika brauchen die größte Insel der Welt nicht. Denn sie sind ja schon da, sie haben alle Rechte, um ihre Truppen dort massiv in kürzester Zeit aufzustocken. Dänemark, Grönland, die EU und die NATO – sie alle sind bereit zu einem einvernehmlichen „Deal“ mit dem US-Partner. Und dennoch zieht Trump sein Vorhaben durch.

Ist das eigentliche Ziel vielleicht gar nicht Grönland? Geht es ihm um eine Machtdemonstration vor den Augen der ganzen Welt? Will der US-Präsident die Europäer insgesamt demütigen?

Leider ist keine der denkbaren Szenarien, so absurd sie auch scheinen, auszuschließen

Die transatlantischen Beziehungen jedenfalls stehen vor einem historischen Tiefpunkt. In nur 48 Stunden ist zwischen den Partnern jenseits des Atlantiks und Europa ein veritabler Handelskrieg ausgebrochen, der die Grundfesten der NATO erschüttert. Nach der Ankündigung massiver Strafzölle gegen acht europäische Kern-Alliierte schlägt Europa nun mit ungewohnter Härte und Einigkeit zurück.

„Allianz der Acht“: Widerstand gegen die Erpressung

In einer gemeinsamen Erklärung haben heute Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Finnland, Schweden und Norwegen den US-Präsidenten scharf zurechtgewiesen. Die Botschaft ist eindeutig: „Zolldrohungen untergraben die transatlantischen Beziehungen und bergen das Risiko einer Eskalation.“

Die Wut der Europäer gilt Trumps Versuch, den unerreichbar scheinenden Kauf Grönlands durch wirtschaftliche Daumenschrauben zu erzwingen.

Ab dem 1. Februar sollen 10 Prozent, ab Juni sogar 25 Prozent Zoll auf Waren aus diesen Ländern erhoben werden. Trump ist anscheinend verärgert über die eher symbolische Aktion einiger europäischer Staaten, kurzzeitig Soldaten nach Grönland zu verlegen. Das Weiße Haus fühlt sich durch die Mission „Arctic Endurance“ provoziert, an der auch 15 Bundeswehr-Soldaten beteiligt waren. Die sind längst auf der Rückreise, aber in Washington ist man befremdet.

Klare Kante gegen Washington

Europäische Schwergewichte wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bezeichneten das Vorgehen Trumps als „Frontalangriff auf das Völkerrecht und die europäische Würde“. In einer leidenschaftlichen Ansprache sagte er:

„Europa ist kein Spielplatz für Immobilien-Deals des 19. Jahrhunderts. Die Souveränität Grönlands und Dänemarks ist nicht verhandelbar. Wer unsere Wirtschaft mit Strafzöllen überzieht, um Landstriche zu kaufen, handelt nicht wie ein Verbündeter, sondern wie ein Aggressor. Frankreich wird jede Maßnahme der EU zur Vergeltung unterstützen.“

Und die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, eigentlich eine der engsten Verbündeten Trumps und der USA, redete erstaunlich deutlich, obwohl Italien nicht direkt von der ersten Zollwelle betroffen ist.

Meloni:

„Die Einheit des Westens darf nicht für territoriale Ambitionen geopfert werden. Wenn die USA glauben, sie könnten europäische Nationen durch wirtschaftliche Erpressung spalten, haben sie sich geirrt. Italien steht in voller Solidarität mit Dänemark und unseren Partnern. Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf den europäischen Binnenmarkt.“

Medien berichten am Abend, dass sich Brüssel auf den Ernstfall eines Handelskrieges vorbereitet. Das Anti-Coercion Instrument (ACI) der EU sei „scharfgeschaltet“.

Die EU bereitet danach Listen vor, die vor allem Industrien in politisch sensiblen US-Bundesstaaten treffen sollen. Von Agrarprodukten bis hin zu High-Tech-Gütern könnte der US-Exportmarkt empfindlich gestört werden. Es wird diskutiert, regulatorische Daumenschrauben für Unternehmen wie Google, Amazon und Meta anzuziehen. Und: „Wenn die USA so weiter agieren, ist es das Ende der NATO.“ Die Aufkündigung der militärischen Zusammenarbeit in der Arktis wäre ein strategisches Desaster für die USA, die dort auf europäische Infrastruktur angewiesen sind.

Die Karten für Europa sind nicht schlecht

Der Zeitpunkt dieses Konflikts könnte allerdings nicht ungünstiger sein. In Moskau wird der Krimsekt im Kreml sprudeln, und Wladimir Putin kommt abends wahrscheinlich vor Lachen nicht in den Schlaf, wenn er westliche Nachrichtensendungen verfolgt.

Hinzu kommt – wenig im Blick der Öffentlichkeit – das jüngst beschlossene Mercosur-Abkommen der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, die 1991 von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet wurde. Ziel ist der Freihandel zwischen den Mitgliedsstaaten und jetzt auch den EU-Staaten. Ein fetter Deal im amerikanischen Hinterhof, ohne Uncle Sam zu fragen. Nun, das wird Donald Trump nicht gefallen. Und es ist ein weiterer Pluspunkt für die Europäer.

Während Trump auf seinem Kanal Truth Social behauptet, der Kauf Grönlands sei für die nationale Sicherheit der USA alternativlos, zeigt sich Europa derzeit so geschlossen wie selten zuvor. Der 1. Februar 2026 wird zum Schicksalstag: Entweder lenkt Washington ein, oder der Westen schlittert in einen Grabenkrieg, der weit über Handelsbilanzen hinausgeht.

